



## **Kernaussagen der Antworten der Bundestagsparteien auf die sechs Wahlprüfsteine zur Alphabetisierung und Grundbildung**

**1. Auch Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten sollen am politischen Leben in diesem Land teilhaben können. Was tut Ihre Partei dafür, dass Ihr Wahlprogramm bzw. Ihr Grundsatzprogramm auch diesen Menschen zugänglich wird?**

**CDU/CSU:** „Wir werden eine Zusammenfassung des gemeinsamen Regierungsprogramms für 2009 – 2013 von CDU und CSU in leichter Sprache anbieten. In Internet bieten wir im YouTube-Kanal CDUTV zahlreiche Informationsbeiträge und Interviews an, die zudem häufig mit Untertiteln versehen sind.“

**SPD:** „Durch unsere umfangreichen Internetaktivitäten sorgen wir dafür, diese Menschen einzubeziehen. Dabei haben wir gute Erfahrungen gemacht, wie wir an den Rückmeldungen sehen können.“

**FDP:** „Die FDP legt einen Schwerpunkt auf Bildungspolitik. Für Liberale gilt: Bildung ist Bürgerrecht. Nur gute Bildung ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und befähigt zu einem freiheitlichen und selbstbestimmten Leben. (...)Die FDP will möglichst schon bis 2010 das Ziel erreichen, verbindlich über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren. Wenigstens 7 Prozent des BIP sollen für Bildung investiert werden. (...)Darüber hinaus hält die FDP ein breites Angebot an Internet-Seiten und neuen Medien (YouTube) vor, um auf diese Weise Personen zu erreichen, denen der Zugang zur Schriftsprache schwer fällt. (...) Auch unser Kurzwahlprogramm ist als Audio-Datei verfügbar: <http://www.fdp-fuer-europa.de/mp3/Parteiprogramm.mp3>.“

**Die Linke:** „Wir schreiben unser Wahlprogramm nicht für uns oder für einige wenige Menschen, sondern wir wollen unsere Ziele so vielen Menschen wie möglich bekannt



machen. Deshalb veröffentlichen wir zu unseren zentralen Zielen kurze, bündige und verständlich geschriebene Themenflugblätter. (...) Außerdem kann man unser Wahlprogramm auch vollständig erfassen, ohne zu lesen: Kreszentia Flauger, Mitglied des Niedersächsischen Landtags von der Partei DIE LINKE, hat es vorgelesen - es ist als Audiodatei unter [www.kreszentia-flauger.de](http://www.kreszentia-flauger.de) zugänglich.“

**Bündnis 90/Die Grünen:** „Wir veröffentlichen z.B. unsere Wahlprogramme in leichter Sprache und zusätzlich sind sie auch bebildert.“

**2. In der Fernsehsendung „report.Mainz“ der ARD wird von einem Analphabeten berichtet, dem die Arbeitsagentur das Arbeitslosengeld II gestrichen hat, da er nicht in der Lage war, Bewerbungen zu schreiben. Ihm wurden kein Alphabetisierungskurs und keine Hilfe angeboten. Der Mann wurde obdachlos. Was sagt Ihre Partei zu diesem Fall?**

**Quelle:** <http://www.swr.de/report/-/id=233454/nid=233454/did=4293806/qaj6rn/index.html>

**CDU/CSU:** „Das Prinzip des "Förderns und Forderns" wird weiter Maßstab unseres Handelns sein. Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen. Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss das Bemühen um Qualifizierung und Vermittlung sein.“

**SPD:** „Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Grundsicherungsträger, die Bundesländer auf Kosten des Bundes aus der Verantwortung für ihre Bildungshoheit zu entlassen. Alphabetisierungskurse werden daher nicht als eigenständige Regelförderung aus Mittel des SGB II finanziert. Trotzdem muss natürlich der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Analphabetismus ein sogenanntes "Vermittlungshemmnis" darstellt. Es gilt aber nach wie vor: Wenn jemand seinen Rechtsanspruch auf Nachholen des Hauptschulabschlusses geltend macht, beinhaltet dies zwangsläufig eine Alphabetisierung.“

**FDP:** „Die FDP tritt für eine Alphabetisierungsoffensive ein. Alphabetisierungskurse sind unerlässlich für die Qualifikation und die Ausbildungsreife von Millionen von



Menschen. Die Volkshochschulen tragen die größte Last im Kampf gegen den funktionalen Analphabetismus. Sie müssen unterstützt und gestärkt werden.“

**Die Linke:** „Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik muss Menschen umfassende Unterstützung bieten, statt sie zu gängeln. Dabei muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Alphabetisierungskurse jederzeit und für alle zugänglich sind, sowie dass Interessierte zu einer Teilnahme ermutigt und unterstützt werden.“

**Bündnis 90/Die Grünen:** „Wir sind der Auffassung, dass der Grundbedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, nicht durch Sanktionen angetastet werden darf. Die Frage nach der Gegenleistung darf nicht durch Zwang, sondern muss durch faire Spielregeln und positive Anreize gelöst werden. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die ohne Sanktionen auskommt und die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. (...) Bei der Beratung in den Jobcentern herrschen nach wie vor erhebliche Mängel. Statt jährlich 1 Milliarde Euro für meist sinnlose Ein-Euro-Jobs auszugeben, muss dieses Geld in die schulische und berufliche Qualifikation Arbeitssuchender fließen. Dazu gehören bei Bedarf selbstverständlich auch Alphabetisierungskurse.“

**3. Einem türkischen Analphabeten wurde vom Verwaltungsgericht Baden-Württemberg die Einbürgerung verweigert. Die Begründung: Man müsse die deutsche Schriftsprache beherrschen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesem Fall?**

**Quelle:** <http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/123/459762/text/>

**CDU/CSU:** „Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Die Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen. Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Bereits beim Bildungsgipfel wurde vereinbart, dass die Bundesländer ihre Maßnahmen zur Grundbildung durch Angebote der Alphabetisierung verstärken. Sie werden zusammen mit der Bundesanstalt für Arbeit

und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für Menschen mit Migrationshintergrund Angebote zur Alphabetisierung weiterentwickeln und ausbauen. (...) Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Mit CDU und CSU wird es keine Aufweichung der im Jahr 2007 gesetzlich verankerten Sprachanforderungen geben.“

**SPD:** „Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist elementar, um teilhaben zu können an unserer Gesellschaft. Deshalb muss alles unternommen werden, die Menschen in die Lage zu versetzen Sprechen, Schreiben, Lesen zu können – egal welche Vorbildung sie mit bringen. (...) Der SPD war es bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes ein wichtiges Anliegen, die hierin enthaltenen Sprachkurse insbesondere auch für bildungsferne, bis hin für Teilnehmerinnen und Teilnehmern anzubieten, die bisher noch nicht Schreiben und Lesen können. Wir wollen, dass jeder durch niederschwellige und passgenaue Angebote die Möglichkeit bekommt, die deutsche Sprache zu erlernen. (...) In der großen Koalition konnten wir erreichen, dass der Sprachkurs von 600 auf nun 900 Stunden ausgebaut wurde. (...) Einbürgerung setzt die Kenntnis der deutschen Sprache voraus. So steht es in § 10 des Staatsangehörigkeitsrechts. Diese Voraussetzung ist letztendlich erforderlich, um als Staatsbürger auch die damit verbundenen Rechte in Gänze nutzen zu können. Bei dem zu erbringenden Nachweis ist aber zu beachten, dass bei erfolgreicher Teilnahme an einem Integrationskurs, die Einbürgerungsbehörde ohne weiteres davon ausgehen kann, dass die sprachlichen Anforderungen erfüllt sind.“

**FDP:** „Für die FDP ist die Kenntnis der deutschen Sprache der zentrale Integrationsfaktor. Sie schafft Identität und ist damit der Schlüssel zur Integration. Für gesellschaftliche Teilhabe ist die Kenntnis der deutschen Sprache unerlässlich. Um die sprachliche Integration qualitativ nachhaltig zu verbessern sind die Integrationskurse stärker nach Zielgruppen und Vorkenntnissen zu differenzieren und zu erweitern.“

**Die Linke:** „Die Haltung der LINKEN zu dieser Frage ist klar: Unserer Auffassung nach soll die Fähigkeit zur einfachen mündlichen Verständigung in der deutschen Sprache für eine Einbürgerung ausreichend sein (...) Dass es für Analphabetinnen

und Analphabeten keine Ausnahme bei den allgemeinen Sprachanforderungen gibt, ist ein Skandal. Die Gewährung gleicher Rechte – die für Migrantinnen und Migranten erst mit der Einbürgerung erreicht wird – darf nicht von Sprachbegabungen oder der Bildungsherkunft von Menschen abhängig gemacht werden! DIE LINKE fordert, dass hier lebenden Menschen Angebote zur Verbesserung ihrer Deutsch-Sprachkenntnisse gemacht werden.“

**Bündnis 90/Die Grünen:** „Die Begründung des VG überzeugt nicht. Selbst die vorläufigen Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern vom 19. Oktober 2007 zum Staatsangehörigkeitsgesetz sehen unter Punkt 8.1.2.1.3 vor, dass – wenn auch nur im Rahmen einer Ermessensentscheidung - bei Analphabeten Ausnahmen vom Nachweis ausreichender deutscher Sprachkenntnisse gemacht werden können.“

**4. Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung finanziert sich vor allem aus Spenden. Andere europäische Länder wie England haben die Alphabetisierungsarbeit staatlich institutionalisiert und finanzieren daraus Beratungsangebote, Kurse, Projekte, Serviceleistungen etc. Wie ist die Haltung ihrer Partei zu dieser Situation?**

**CDU/CSU:** „Die von CDU und CSU geführte Bundesregierung hat entschieden, dass Deutschland die Bekämpfung des Analphabetismus von 2007 bis 2012 mit 30 Millionen Euro fördert und so zur Umsetzung der Weltalphabetisierungsdekade beiträgt. CDU und CSU unterstützen die gezielte Sprachförderung vor der Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme. (...) Wir wollen bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren. Die Bekämpfung des Analphabetismus lebt vom Mitmachen und auch vom Engagement vieler ehrenamtlich aktiver Menschen. Eine lebendige Vorlesekultur, wie ihn die Vorlese-Initiative etwa der Stiftung Lesen trägt, ist ein wichtiger Baustein. Die Arbeit des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung gehört ebenso dazu. (...) Wir wollen Eigeninitiative und Selbstorganisation der gesellschaftlichen Gruppen stärken



und so eine neue Balance zwischen Eigen- und Gemeinwohl herbeiführen. Wir wollen ehrenamtliches Engagement erleichtern, die Bürgerinnen und Bürger zu ehrenamtlichem Engagement ermutigen und den ehrenamtlich Tätigen den Rücken stärken.“

**SPD:** „Entsprechend dem Ziel der Weltalphabetisierungsdekade wollen wir die Zahl der geschätzten vier Millionen funktionalen Analphabeten in Deutschland erheblich reduzieren. Zwar ist die Zahl der öffentlich geförderten Kursplätze zur Alphabetisierung in den letzten Jahren bereits gestiegen, doch müssen die Angebote weiterhin ausgeweitet werden, damit alle die dies möchten, die Chance erhalten Lesen und Schreiben zu erlernen. Insbesondere die Arbeit der Volkshochschulen, die die Alphabetisierungsarbeit vorwiegend tragen, wollen wir unterstützen.“

**FDP:** „Auch in Deutschland finden sich ebenso zahlreiche, staatlich getragene und über Steuergelder finanzierte Angebote der Alphabetisierung. Daneben existiert jedoch ein breites Spektrum privat organisierter Initiativen, die sich mit besonders herausragendem Engagement hervortun. Die FDP hält die Existenz eines solchen vielfältigen Angebots für ein Merkmal einer lebendigen Bürgergesellschaft. Es wäre unverantwortlich, dieses Engagement durch die Einführung eines staatlichen Regelungsrahmens unangemessen einzuschränken oder gar zu zerstören.“

**Die Linke:** „DIE LINKE tritt für ein öffentliches Bildungssystem ein, dass jeden und jede bestmöglich fördert. Privatisierungstendenzen im Bildungswesen erteilen wir eine klare Absage. Zu einer guten, öffentlichen Grundbildung gehört für uns selbstverständlich auch eine flächendeckende Alphabetisierungsarbeit in öffentlicher Verantwortung. Hierüber hinaus ist der Aufbau eines öffentlich finanzierten und flächendeckenden Systems der Bildungs- und Berufsberatung überfällig.“

**Bündnis 90/Die Grünen:** „Derzeit gibt es Alphabetisierungsangebote aus öffentlichen Mitteln an den Volkshochschulen. Das halten wir für sinnvoll und notwendig. Zusätzliche Angebote aus Spenden sind uns willkommen. Perspektivisch wollen wir die Schulen stärken und sie dazu befähigen, allen Schülerinnen und Schüler ausreichende Schreib- und Lesekenntnissen zu vermitteln.“

**5. Die Agenda 2010 stand unter der Formel „Fordern und Fördern“. Seit 2009 gibt es für die Teilnahme an Alphabetisierungskursen keine Förderung mehr aus Mitteln der Arbeitsverwaltung. Wie stehen Sie zu dieser Entwicklung?**

**Quelle:**

[http://www.focus.de/wissen/bildung/sprache/tid-13726/bildung-alpha-wie-bitte\\_aid\\_382422.html](http://www.focus.de/wissen/bildung/sprache/tid-13726/bildung-alpha-wie-bitte_aid_382422.html)

**CDU/CSU:** „Die Vorbeugung und die Bekämpfung des Analphabetismus und eine solide Grundbildung für alle gehören zu den wichtigsten Aufgaben, die Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die Sprachförderung vor und in der Schule verstärkt wird. Darüber hinaus stehen wir für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen Chancen für Alle am Arbeitsmarkt. Dazu gehört auch die Bekämpfung des Analphabetismus nach der Schule. Es wird eine sachgerechte Fortsetzung der Alphabetisierungskurse weiterhin gewährleistet.“

**SPD:** „Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe der Grundsicherungsträger, die Bundesländer auf Kosten des Bundes aus der Verantwortung für ihre Bildungshoheit zu entlassen. Alphabetisierungskurse werden daher nicht als eigenständige Regelförderung aus Mittel des SGB II finanziert. (...) Es gilt aber nach wie vor: Wenn jemand seinen Rechtsanspruch auf Nachholen des Hauptschulabschlusses geltend macht, beinhaltet dies zwangsläufig eine Alphabetisierung. Ebenso ist denkbar, Maßnahmen nach § 46 SGB III oder nach § 16d SGB II mit Qualifizierungsteilen zu ergänzen, in denen die Alphabetisierung durchgeführt wird. Eine Förderung ist also denkbar, wenn ein Hilfebedürftiger seinen Hauptschulabschluss nachholt oder sich während einer Maßnahme zur beruflichen Integration herausstellt, dass das Maßnahmeziel wegen des Analphabetismus nicht erreicht werden kann. In beiden Fällen ist die Alphabetisierung aber Bestandteil einer übergeordneten Maßnahme.“

**FDP:** „Es ist bedauerlich, dass die Bundesagentur für Arbeit sich nicht länger in der Lage sieht, Mittel für die Förderung von Alphabetisierungskursen zur Verfügung zu stellen. Doch gerade deswegen stehen Länder und Kommunen umso mehr in der Pflicht, eigene Angebote zur Förderung der Alphabetisierung Interessierten zu unterbreiten.“





**Die Linke:** „Es gehört zum Recht auf Bildung, dass Alphabetisierungskurse öffentlich finanziert werden und für alle Menschen mit Lese- und Schreibproblemen jederzeit zugänglich sind.“

**Bündnis 90/Die Grünen:** „Die Teilnahme an Alphabetisierungskursen ist ohne Zweifel eine wichtige Maßnahme, um Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wir können jedoch nicht bestätigen, dass Alphabetisierungskurse tatsächlich nicht mehr im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik im SGB III und SGB II gefördert werden. Die Bundesagentur für Arbeit, die wir um Stellungnahme gebeten haben, führt dazu aus: Wenn ein Hilfebedürftiger seinen Hauptschulabschluss nachholt oder sich während einer Maßnahme zur beruflichen Integration herausstellt, dass das Maßnahmeziel wegen Analphabetismus nicht erreicht werden kann, ist eine Förderung durch Alphabetisierungskurse möglich und vorgesehen. In beiden Fällen ist die Alphabetisierung jedoch Bestandteil einer übergeordneten Maßnahme. Da die Bundesländer die Verantwortung für Bildung tragen, werden Alphabetisierungskurse nicht als eigenständige Regelförderung aus Mittel des SGB II finanziert. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten diese Vorgehensweise für einen tragbaren Mittelweg, um einerseits die Länder nicht aus ihrer Verantwortung für Bildung zu entlassen und andererseits Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern nicht auf den Schultern der Hilfebedürftigen auszutragen. In Zukunft muss aber sichergestellt werden, dass Hilfebedürftige mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten tatsächlich Zugang zu Maßnahmen mit Alphabetisierungsangeboten erhalten und nicht in sinnlose Maßnahmen eingewiesen werden, die ihnen keine Perspektiven eröffnen und im Zweifel sogar Sanktionen nach sich ziehen.“

## **6. Gibt es nach Auffassung Ihrer Partei ein Grundrecht auf Lesen und Schreiben?**

**CDU/CSU:** „CDU und CSU verstehen Bildung umfassend. Wir wollen Bildung von Anfang an und ein Leben lang. Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Sie sind Voraussetzung für die Integration in den Beruf, in



die Gesellschaft und für sozialen Aufstieg. Bildung ist die entscheidende Investition in unsere Zukunft. Deshalb müssen wir die Bundesrepublik als Bildungsrepublik ausbauen. Das heißt, dass wir eines der weltweit besten Bildungssysteme haben wollen. Lernschwache brauchen Förderung und Hilfen, die auf ihre individuellen Bedürfnisse eingehen.“

**SPD:** „Bildung ist ein Menschenrecht. Lesen und Schreiben zu können, ist die Grundlage für eine gute Bildung und für Teilhabe in einer zunehmend komplexer werdenden Welt. (...) Wer es im ersten Anlauf nicht geschafft hat und einen erneuten Versuch machen möchte, der verdient das Recht auf eine zweite und dritte Chance. Bildung muss immer möglich sein – ein Leben lang, auch nach der Erwerbsphase.“

**FDP:** „Für die FDP ist Bildung ein Bürgerrecht. Lesen und Schreiben sind Bestandteile dieses Bürgerrechts.“

**Die Linke:** „Das Recht auf Bildung muss - wenn es ernst genommen werden soll - ein Recht auf Lesen und Schreiben umfassen. Hieraus folgt, dass Grundschulen gut ausgestattet werden und alle Kinder bestmöglich unterstützen, dass flächendeckend Angebote der Alphabetisierung geschaffen werden und dass Menschen, die Lesen und Schreiben lernen wollen, hierfür auch entsprechende Unterstützung bekommen.“

**Bündnis 90/Die Grünen:** „Ein Grundrecht in der Verfassung würde nach unserer Auffassung nicht weiterhelfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Mindeststandards an allen Schulen gerade in den Fächern Deutsch und Mathematik. Außerdem wollen wir die Schulen zu Ganztagschulen mit individueller Förderung ausbauen, wo alle Kinder länger gemeinsam lernen. Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen mehr Weiterbildung und Unterstützung, um alle Kinder individuell fördern zu können und kein Kind zurückzulassen.“



**Ansprechpartner:**

Peter Hubertus (Geschäftsführer) und  
Andreas Brinkmann (Projektleiter)  
Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.  
Projekt „Chancen erarbeiten“  
Berliner Platz 8-10, 48143 Münster  
Tel.: 02 51.49 09 96-0  
Mobil: 01 63.8 88 87 80  
Fax: 02 51.49 09 96-44  
Mail: [bundesverband@alphabetisierung.de](mailto:bundesverband@alphabetisierung.de) und  
[a.brinkmann@alphabetisierung.de](mailto:a.brinkmann@alphabetisierung.de)  
Internet: [www.alphabetisierung.de](http://www.alphabetisierung.de)